

Polizeidatenbanken

Für die Eiligen:

- Es ist scheiße, aber...
- ...Widerstand lohnt sich noch.
- Auskunft ersuchen, aber...
- politische Fragen suchen.
- Gespeicherte Daten sind verlorene Daten.

Eure Datenspur

Daten von euch speichern und verarbeiten:

- Die Landespolizeien
- Das BKA
- Der Zoll, Bundespolizei,...
- Europäische Stellen
- Verfassungsschutz, MAD, BND
- Jede Menge öffentliche Stellen (AZR, BZR, ZEVIS, Meldeämter, Rentenversicherung usf).
- Jede Menge Privatfirmen (Banken, Payback, Fluglinien, Telekom, ISPs, Web...)

Nach Tonga?

Drei Dinge sind oft auf unserer Seite:

- Unfähigkeit der Betreiber der Systeme
- „Sie“ haben Interessenkonflikte
- Marktwirtschaft braucht Rechtssicherheit

Bahnbrechend: Das „Volkszählungsurteil“ von 1983. Es definiert

- Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung
- Zweckbindung.
- Datensparsamkeit.
- Speicherfristen.

Vier Sorten Mist

Polizeidatenbanken unterscheiden sich nach Zweck und Einsatz; üblich ist die Einteilung in vier Gruppen:

- Nachweissysteme: Die klassischen Polizeidatenbanken wie KAN, POLAS, SIS, Gewalttäterdateien...
- Vorgangsverwaltung: Der Ersatz für Schreibmaschine und Aktenordner.
- Fallbearbeitung: Die Datenhalde der Ermittler.
- Elektronische Kriminalakte.

INPOL

INPOL ist das Datenbanksystem des BKA, eingerichtet 1972 unter dem SPD-Sonnenstaatstheoretiker Horst Herold.

Datenhaltung zu Straftaten „länderübergreifender, internationaler oder erheblicher Bedeutung“ für Länder, BKA, BGS, Zoll.

INPOL ist in zahlreiche Unterdateien aufgeteilt. Dabei

- Verbunddateien – Daten der Einspeiser für alle
- Zentraldateien – Daten des BKA für alle
- Amtsdateien – Daten des BKA fürs BKA

Einzeldateien: KAN, Innere Sicherheit, PMK-links-Z, ViCLAS, DAD, AFIS...

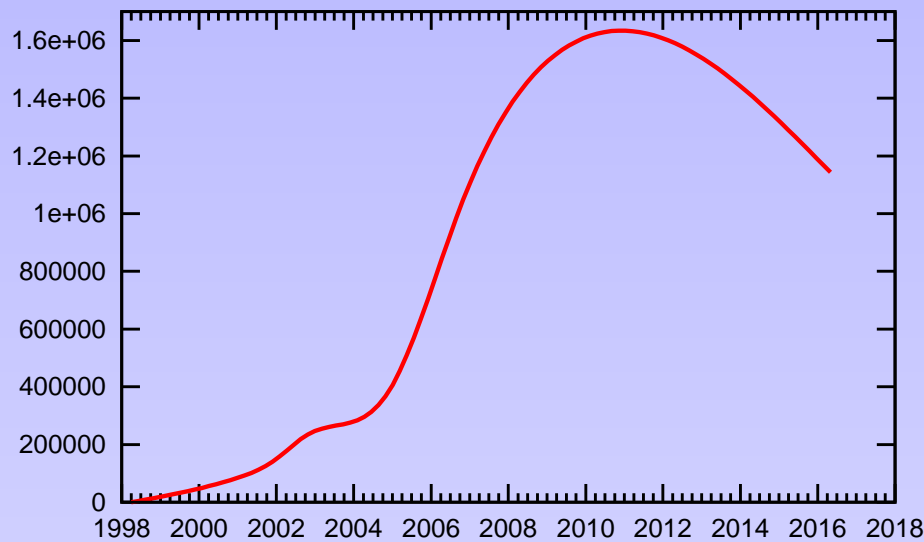
PHWs

Viele Datenbanken enthalten ein Feld „Personenbezogener Hinweis“ (PHW).

PHWs im BKA-KAN derzeit:

- Bewaffnet, gewalttätig, Ausbrecher, EXPL (Explosivstoffgefahr)
- Ansteckungsgefahr, Geisteskrank, Freitodgefahr
- BtM-Konsument
- REMO, LIMO, AUMO (Straftäter, politisch links, rechts, Ausländer motiviert)
- SEXT (Sexualstraftäter)
- ROCK (Rocker)

DAD (Gendatei)



Rapides Wachstum seit 4/1998, etwas Dämpfung durch BfDI-Interventionen. Eingeführt nach zwei Vergewaltigungen mit viel öffentlicher Emotion.

Reality Check: Bis 10/2000-4/2016 gab es 170550 Treffer in der DAD, davon 134000 (78%) Diebstahl, 3104 (1.8%) Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung. So ist die Verteilung auch international. Oh, und: 136 Beleidigungen könnten auch mit Hilfe der DAD aufgeklärt werden.

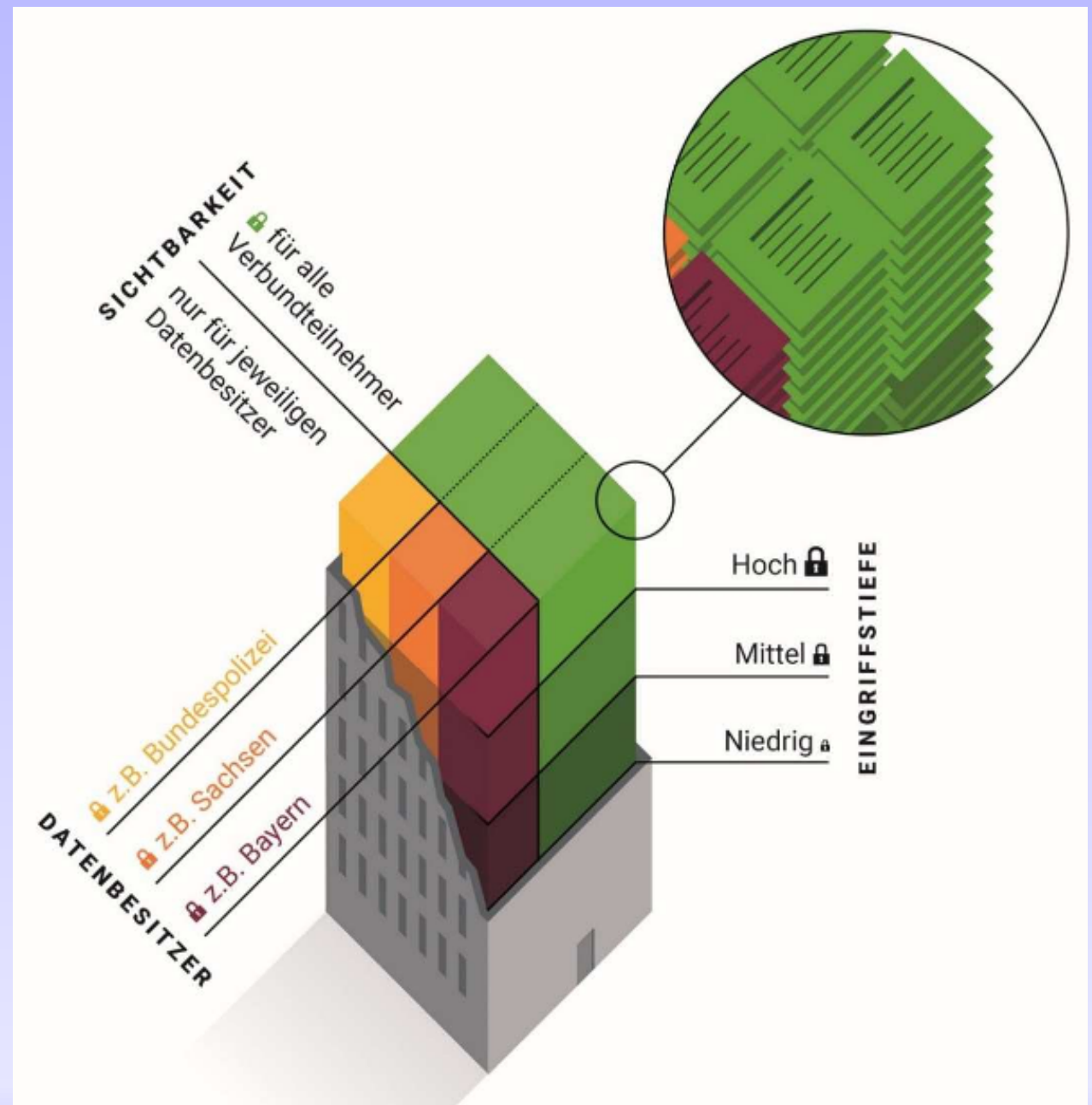
Länder

Da Polizei Ländersache ist, soweit sie nicht als Arm der Staatsanwaltschaft operiert, sollten die Länder normalerweise die Daten ihrer BürgerInnen selbst verwalten.

Wenn man von der ganz normalen Straßenpolizei kontrolliert wird, wird i.d.R. die Landesdatenbank, der KAN und SIS abgefragt.

PIAV

Seit dem BKA-Gesetz von 2017 drückt Wiesbaden ganz kräftig auf eine Vereinheitlichung der Polizei-EDV: Polizeilicher Informations- und Aufgabenverbund.



Anekdoten von 1984

- KAN-Marker
- Polizist checkt Kandidaten aus
- Offenherzige Auskünfte unter Dienststellen
- AD PMK
- Gefahrenabwehr im Gemeinderat
- Untragbare Azubi
- Nürburgring
- „Never let a serious crisis go to waste“

Anti-Terror-Datei

Gemeinsame Datei der Dienste und der Polizeien mit einem bunten Strauß von Daten zu Mitgliedern, UnterstützerInnen und SympathisantInnen von nach 129b bzw. 129a mit Auslandsbezug verfolgten Organisationen sowie Leuten, die sie kennen.

Verletzung sämtlicher Grundsätze des Datenschutzes:

- Zweckbindung
- Datensparsamkeit
- Auskunftsanspruch
- Normenklarheit

Auskunft fordern

Folgen polizeilicher Speicherwut im Normalbetrieb:

- Angst – werde ich gespeichert, wenn ich...?
- Terror – bei entsprechenden Speicherungen wird jeder Polizeikontakt zu einer Tortur
- Lähmung – Gefährderanschriften und Ausreiseverbote werden aus Datenbanken generiert
- Einfahren – gerade ED-Behandlungen sorgen für eine partielle Umkehr der Unschuldsvermutung

Erster (und manchmal letzter) Schritt dagegen:

Das Auskunftersuchen

Auskunftsersuchen?

Gegen Auskunftsersuchen könnten sprechen:

- Weitere Daten für die Polizei – aber: das sind langweilige Daten, und sie wären wieder nur illegal speicherbar
- Lüge und Unfähigkeit bei der Auskunftserteilung – hier hilft reger Austausch unter uns, Aufmerksamkeit, Rückfragen bei den Datenschutzbeauftragten
- Es gibt Ausnahmetatbestände, bei deren Zutreffen die Auskunft verweigert wird
- Sie wollen „Gründe“

Wie anfangen?

<https://datenschmutz.de>

Formlose Briefe an die jeweiligen Stellen schicken, ggf. eine Ausweiskopie beilegen.

Wenn beglaubigte Kopien verlangt werden, diese bei der Polizei besorgen.

Leider: Die Auskunft ist Prosa, nicht direkt ein Abzug der DB-Tabellen.

Generator für Auskunftsersuchen - Vorkonzept

Situation leider ändern, was gerade angesichts des skandalösen Verfahrens (und auch des geringen Preises) extrem ärgerlich ist. Doch auch bei deren gl.: Als spezifische Gründe angeben, die wollen wir gar nicht erst einsehen lassen. Außer, ihr sitzt ganz genau, was ihr tun (es schadet nicht, sich mit uns zu beraten, wenn ihr Gründe angeben wollt).

Wir sind bereit, euch an datenschmutz@datenschmutz.de zu Überwachung und Datenschutz, falls uns mit, was aus euren Anfragen geschlossen ist, verbessern unsere Formulare, um sie an Behörden, die ist bisher noch nicht berücksichtigt haben und schon so aus. Vielen Dank.

Vorname: _____
Nachname: _____
Straße und Hausnummer: _____
Postleitzahl: _____
Ort: _____
Geboren am: _____
Geburtsort: _____

Seitens der DB ist:

Quelle	Verfahren	Anbieter
<input type="checkbox"/> Bundessatz für Verfassungsschutz	<input type="checkbox"/> ZU § 30, Primär, Beispiel	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Baden-Württemberg
<input type="checkbox"/> Bundesgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 31, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Bayern
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Berlin
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Brandenburg
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Bremen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Hamburg
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Hessen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Niedersachsen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Nordrhein-Westfalen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Rheinland-Pfalz
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Saarland
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Sachsen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Sachsen-Anhalt
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Thüringen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Schleswig-Holstein
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Berlin
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Brandenburg
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Bremen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Hamburg
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Hessen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Niedersachsen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Nordrhein-Westfalen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Rheinland-Pfalz
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Saarland
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Sachsen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Sachsen-Anhalt
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Thüringen
<input type="checkbox"/> Bundesdatenschutzgesetz	<input type="checkbox"/> ZU § 32, Primär	<input type="checkbox"/> Landesverfassungsschutz Schleswig-Holstein

<https://www.datenschmutz.de/cgi-bin/konzept.pl>

Löschen lassen

Vieles löscht die Polizei schon, bevor sie Auskunft erteilt.

Wenn sie es nicht freiwillig tut, kann ein Löschersuchen helfen.

Dazu immer fragen: „Wie kann dieses Datum helfen, künftige *Verbrechen* aufzuklären oder zu verhindern?“

Ggf. uns fragen.

Ggf. den/die LfD oder BfD einschalten.

Aber darüber nicht vergessen: Wie viel sich der Staat erlaubt, bestimmt sich durch unseren Widerstand.